

## Heute vor 52 Jahren



**30.8. 1965: Die Katastrophe von Mattmark.** Eine Eislawine löste sich vom Allalingsgletscher in der Nähe von Saas Fee und begrub ein Barackenlager beim Mattmark-Stausee. Bis zur Fertigstellung des Staudamms fehlen noch acht Meter in der Höhe. Das Unglück, das 88 Menschenleben forderte, 86 Männer und zwei Frauen, hatte sich angekündigt – immer wieder waren vom Gletscher Eisbrocken abgestürzt. Am 30. August 1965 brach der Gletscher mit gewaltigem Getöse ab, zwei Millionen Kubikmeter Eis begruben das Barackenlager. Dort, wo gerade noch gearbeitet worden war, lag eine rund 50 Meter hohe Eisdecke. Unter den Todesopfern befanden sich 56 Italiener, vier Spanier, zwei Deutsche, zwei Österreicher, ein Staatenloser und 23 Schweizer. Foto Keystone

## Einspruch

### Basels Einfluss auf den EAP

Von Christoph Brutschin, Regierungsrat

Thomas Dähler, Redaktor der BaZ, widmete sich kürzlich (BaZ 28.8.2017) dem Euro Airport. Das ist erfreulich, ist der Euro Airport doch eine für die Volkswirtschaft unserer Region sehr wichtige Infrastruktur. Die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft treten daher auch seit Langem und gemeinsam für eine gute Entwicklung des Euro Airport ein. Thomas Dähler geriet dann aber leider einiges durcheinander. Das kann passieren, wenn man einen etwas gröberen Stift führt. Und man kann es dann ja auch korrigieren, was ich hiermit gerne mache.

Zuerst zu den Steuern: Thomas Dähler schreibt, dass Basel-Stadt eine extraterritoriale Steuerkompetenz für die Gewinnsteuern erhalte und dass die Einnahmen aus der Gewinnbesteuerung der Schweizer Industrie- und Logistikunternehmen am Euro Airport zwischen Frankreich und Basel-Stadt geteilt würden. Das ist falsch. Die von den Betriebsstätten der Unternehmen im Schweizer Sektor des Flughafens nach französischem Recht erhobenen Gewinnsteuern gehen alleine an Frankreich. Das Abkommen der Schweizer mit Frankreich gibt dem Kanton Basel-Stadt hier keine Kompetenzen und Anrechte. Basel-Stadt wird im Gegenteil in Zukunft weniger Steuern erhalten von den Unternehmen auf dem Euro Airport, weil deren Gewinne bisher in Basel-Stadt besteuert wurden, soweit sie dort ihren Sitz haben. Eine Steuerkompetenz erhält Basel-Stadt ausschliesslich bei der Kapitalbesteuerung. Die neu eingeführte, relativ tiefe Kapitaltaxe für die Unternehmen im Schweizer Sektor des Euro Airport ersetzt dabei im Wesentlichen die bisherige ordentliche Kapitalbesteuerung. Diese Lösung hilft den Schweizer Unternehmen am Euro Airport, weil damit die Unterstellung unter viel höhere französische Lokalsteuern vermieden werden kann.

Basel-Stadt erzielt also künftig nicht neue Erträge und schon gar nicht solche auf Kosten von Basel-Landschaft, sondern ist im Interesse der regionalen wirtschaftlichen Wertschöpfung und der davon abhängigen Arbeitsplätze bereit, auf bisherige Steuereinnahmen zu verzichten. Im Übrigen funktioniert die Zusammenarbeit mit Basel-Landschaft beim Euro Airport seit Jahrzehnten sehr gut. Basel-Stadt, das seit der Gründung des Flughafens und nicht erst beim Ausbau in den Jahren 1998–2004 namhafte Millionenbeiträge für die Infrastrukturen des Euro Airport leistete, hat stets das Interesse auch des Partnerkantons mitvertreten. Ungleich Basel-Landschaft trägt Basel-Stadt dabei aber auch das Risiko, müssten doch eventuelle Defizite des Flughafens auf Schweizer Seite alleine von Basel-Stadt übernommen werden.

#### Kein Einfluss auf Flugrouten

Thomas Dähler beschäftigt sich dann noch mit den An- und Abflugrouten am Euro Airport und versucht dabei den Eindruck zu erwecken, deren Festlegung sei allein eine politische Frage. Wer sich mit der Thematik auseinandersetzt, weiss, dass genau das Gegenteil der Fall ist: Die Flugrouten für Starts und Landungen an einem Flughafen werden allein und abschliessend von den zuständigen Flugsicherungsbehörden festgelegt. Im Fall des Euro Airport ist das die französische DGAC (Direction générale de l'aviation civile). Oberstes Kriterium ist dabei immer die Gewährleistung der Flugsicherheit. Raum für eine politische Einflussnahme auf die Festlegung von Flugrouten besteht nicht.

Der Euro Airport und der Flugverkehr eignen sich ausgezeichnet zur Darstellung kontroverser Positionen. Dass die Basler Zeitung dem Raum gibt, ist vortrefflich – wobei die Leserschaft sicher noch mehr profitieren würde, wenn diese Darstellungen stärker auf Fakten beruhten. Solche lassen sich immer beim für den Euro Airport zuständigen Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt erfragen.

## Briefe

### Besser mit Freiwilligen arbeiten

**Note ungenügend für Bildungsinstitut; BaZ 25.8.17**

Warum denn bis nach Zürich schweifen zum Korrigieren von 302 Übertrittstests? Dieser Flop gibt Anlass zu folgendem Vorschlag an die Bildungsdirektion Baselland: Es lässt sich sicher ein Team von etwa fünf bis zehn Freiwilligen finden, welches diese Korrekturarbeit im Auftragsverhältnis kompetent, zuverlässig und jährlich zum halben Preis organisieren und durchführen könnte. Geeignet dazu wären vor allem pensionierte Lehrkräfte und weitere qualifizierte und interessierte Freiwillige. An Bewerbungen dürfte es kaum fehlen. Der Aufwand des Auftraggebers wäre auch nicht grösser als bei der gegenwärtigen, sehr problematischen Auslagerung.

Beat W. Müller, Therwil

### Wiedemann versteht die Vorlage nicht

**«Hire and fire» im Baselbieter Personalrecht; BaZ 25.8.17**

Jürg Wiedemann irrt sich, und dies nicht zum ersten Mal. Eigentlich darf man von einem Landrat erwarten, dass er eine Vorlage liest, bevor er sich dazu äussert. Das hat Jürg Wiedemann bei der Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» offensichtlich unterlassen.

Oder er hat die Vorlage nicht verstanden. Denn er irrt sich gewaltig, wenn er behauptet, nach einem Ja würde im Baselbieter Personalrecht eine Politik des «Hire and fire» Einzug halten. Fakt ist, dass die Anstellungsverhältnisse beim Staat auch nach einer Annahme der Initiative öffentlich-rechtlicher Natur bleiben und die verfassungsmässigen Grundprinzipien nach wie vor gelten.

Ziel der Initiative ist es allerdings, die bestehenden starren Kündigungsregeln beim Kanton so anzupassen, dass sie dem Obligationenrecht entsprechen

– so wie für die Angestellten in den privaten Unternehmungen. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, weshalb Staatsbedienstete einen massiv höheren Kündigungsschutz als alle anderen geniessen sollen. Auch der Staatsangestellte Wiedemann nicht.

Hanspeter Weibel, Landrat SVP, Bottmingen

### Kein Grund für mehr Kündigungsschutz

In seinem Gastkommentar zur Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» lehnt sich Jürg Wiedemann ein bisschen weit aus dem Fenster, indem er davor warnt, nach einer Annahme würden in der Baselbieter Verwaltung Verhältnisse wie in Washington unter Donald Trump herrschen. Keine Angst – so weit wird es nicht kommen.

Der Vergleich des Lehrers aus Birsfelden ist nicht nur unzulässig, er ist eigentlich auch unanständig. Denn schweizweit besteht ein Trend, staatliche Anstellungsbedingungen dem Privatrecht anzunähern. Einen Grund, Staatsangestellte unter einen dergleichen Kündigungsschutz zu stellen, wie sie ihn heute geniessen, gibt es nicht.

Stattdessen sollte der Kanton für leistungsorientierte Arbeitnehmende noch attraktiver werden. Mit einem dreifachen JA am 24. September legen wir die Grundlagen dafür.

Hansruedi Wirz, Landrat SVP, Reigoldswil

### Unausgesprochenes hinterfragen

**Letztes Mitglied der Terrorzelle identifiziert; BaZ 25.8.17**

In Spanien demonstrierten Tausende gegen den Terrorismus. Wir haben keine Angst, lautete das Motto. Ich persönlich habe auch keine Angst vor dem Terror der Islamisten. Ich habe eher Angst vor dem politischen Islam, der zunehmend Forderungen stellen könnte. Die Scharia als Parallelgesetz einführen? Beschneidungen, Zwangs-

heirat und vieles mehr in Europa und in der Schweiz? Damit könnten nicht nur Parallelgesellschaften entstehen, sondern sogar Gegengesellschaften mit explosiver Stimmung.

Die EU-Oststaaten lehnen muslimische Flüchtlinge kategorisch ab, genau aus diesem Grund. Es ist wie im Fussballstadion: Da gibt es einen (ganz) kleinen Fan-Block, der Radau macht und weitere 30 bis 40 Prozent, die (noch) nicht mitmachen, aber das ganz toll finden. So ähnlich sehe ich das Problem bei unseren Mitbürgern muslimischen Glaubens. Wie viele von unseren Migranten stehen insgeheim zum Terror oder wenigstens zur Schaffung einer militanten Gegengesellschaft? Hier sollte man einmal das Unausgesprochene aussprechen respektive die Tatsachen hinterfragen, auch wenn es uns Träumern schwerfällt.

Andreas Ungricht, Basel

### Dekadente Gesellschaft

**Hassprediger lebt von der Sozialhilfe und hetzt gegen Christen und Juden; BaZ 24.8.17**

So sieht wohl die Krönung der Wohlstandsverblödung einer dekadenten Gesellschaft kurz vor ihrem Untergang aus. Verfettet und verblödet füttert und züchtet sie sich ihre eigenen Mörder heran. Offensichtlich ein notwendiger Evolutionsprozess mit der Hoffnung verbunden, dass Besseres nachkommen kann.

Felix Grässli, Basel

### Eine weitere sinnlose Studie

**Immer besser integriert; BaZ 25.8.17**

Noch mehr schlechte Nachrichten aus der Schweiz: Auch zwei Drittel aller Schweizer Jugendlichen verlassen die Schule «vorzeitig». Offenbar ist den Studienverfassern nicht bekannt, dass es in der Schweiz ein Berufsbildungssystem ab 16 gibt – und eine Mehrheit diesen Weg geht. Ich frage mich, was eine Studie wert ist, deren Autoren sich

vorgängig nie mit den nationalen Bildungssystemen auseinandergesetzt haben.

Das Schweizer Berufsbildungssystem ist eine Alternative sowohl für sprachlich (noch) unsichere Neuzuzüger als auch für schulmüde Einheimische, die nach neun Jahren Schule nicht schon wieder vier bis zehn Jahre die Schulbank drücken wollen. Daraus erklärt sich auch, wieso das ach so schlechte hiesige Schulsystem die best-integrierten Muslime Europas hervorbringt. Man kann hier als Muslim nach drei oder vier Jahren Lehre ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft sein.

Länder wie Italien, Frankreich oder auch Schweden setzen auf Gymnasien, die mit ihrer starken Gewichtung der Sprache oft sprachlich Handicaperte ausschliessen und diesen nur eine Karriere als Tagelöhner, Kleinkriminelle oder Kanonenfutter beim IS ermöglichen. Aber so etwas kann man nicht wissen, wenn man in einer Studie nur ein paar statistische Werte addiert, Shit happens! Eine weitere Studie, für die Bäume sinnlos gefällt wurden...

Nebenbei: Wer sich als «Muslim» und nicht als Kosovare, Tunesier oder Pakistani identifiziert, legt ein vor-modernes Selbstbild an den Tag. Dass darum die Integration scheitern könnte, ist aber eine andere Geschichte.

Hugo Reichmuth, Basel

### An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: [leserbrief@baz.ch](mailto:leserbrief@baz.ch) Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel